



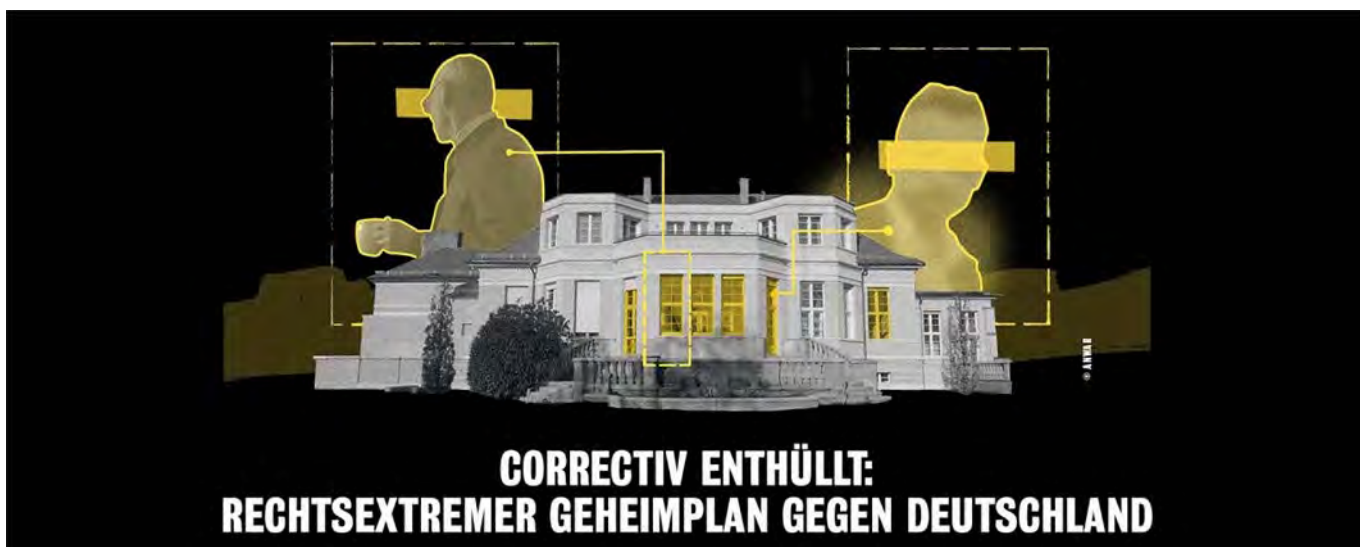
Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger*innenbrief

24. Januar 2024

Elbtower-Insolvenz +++ Winterdienst ohne Dienstleistungen auf Fuß- & Radwegen +++ Pädagogischer Holzweg bei Schulformempfehlungen & Abschulen +++ Strategie Mobilitätswende +++ Ärger mit Vonovia +++ Schutz & Shelter



Der investigative Bericht der Correctiv-Journalist*innen über eine Zusammenkunft rechtsextremistischer Personen am 25.11.2023 und ihre Pläne zur »Remigration« von Millionen Menschen aus Deutschland hat die wahren Absichten von AfD, Werteunion und anderen rechten Kräften nun auch für diejenigen enthüllt, die sich bisher mit der AfD nicht so intensiv befasst haben (<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>)

Liebe Leserinnen und Leser,

was für ein Wochenende liegt da hinter uns! Von 1,4 Millionen Menschen, die alleine von Freitag bis Sonntag gegen Rechtsextremist*innen in und außerhalb der AfD demonstriert haben, berichtete die »Tagesschau«. Auch in Hamburg dürften mehr als 80.000 auf die Straße gegangen sein. So viele, dass die Polizei genau wie in München die Kundgebung wegen Überfüllung vorzeitig abgebrochen hat. So viele Menschen binnen weniger Tage zu mobilisieren, das haben in den vergangenen Jahrzehnten gerade mal die Friedensbewegung in den frühen 1980er-Jahren, die Klimabewegung und - vereinzelt - der Protest gegen den Überfall Russlands auf die Ukraine vermocht. Wir sind begeistert und, ja, auch wir schöpfen daraus die Hoffnung, dass es uns in einem breiten Bündnis der demokratischen Kräfte gelingen kann, dem Auftrieb der rechten und rechtesten Kräfte in diesem Land Einhalt zu gebieten. Denn darauf muss in den kommenden

Monaten unseres Erachtens vieles abzielen: ein weiteres Erstarren der AfD und der noch rechteren Kräfte wie auch deren prognostizierten Stimmenzuwachs bei den bevorstehenden Wahlen unter allen Umständen zu verhindern.

Für uns zählt zu einem konsequenten Kampf gegen den Rechtsextremismus auch, alle rechtlichen Mittel einzusetzen, seine Erscheinungen und Organisationsformen zu verbieten. Wir stimmen da völlig mit der Position unserer Ko-Fraktionsvorsitzenden Cansu Özdemir überein, die für die »Hamburger Morgenpost« am 15. Januar dieses Statement abgegeben hat: »Ein Verbotsverfahren gegen die AfD ist richtig, weil diese Partei den Grundwerten des Grundgesetzes diametral entgegensteht. Die AfD vertritt eine völkisch-nationalistische Politik, in der Menschen nach rassistischen Kategorien in ihrer Wertigkeit unterschieden und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vertreten wird.



Aufschrei gegen Rechts: Erste Kundgebung mit rund 2.000 Hamburger*innen vor dem Bürgerschaftsbüro der AfD in der Schmiedestraße am 12. Januar (Foto: Michael Joho)

Es ist aber völlig klar: Ein Verbotsverfahren gegen die AfD ersetzt nicht den politischen Kampf gegen Neofaschismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und die extreme Rechte. Ein Verbotsverfahren kann diese notwendige politische Auseinandersetzung aber sinnvoll flankieren. Denn durch ihre Konstituierung als Partei hat die AfD Zugang zu bestimmten Ressourcen: Sie kann die Parlamente als Bühne für ihre menschenfeindliche Politik benutzen, erhält dadurch in den Medien und der Öffentlichkeit Reichweite und finanzielle Mittel für Mitarbeiter*innen und Arbeitsmittel. Angesichts der Scharnierfunktion der AfD zwischen der extremen Rechten und der (vermeintlich) bürgerlichen Rechten, ist sie damit von enormer Bedeutung für den gesellschaftlichen Rechtsruck.



Eindrücke von der 80.000er-Kundgebung am 19. Januar rund um den Jungfernstieg (Fotos: Michael Joho und Michael Schwarz)

Die AfD muss deswegen mit allen Mitteln bekämpft werden – in den Parlamenten, auf der Straße und auch vor dem Bundesverfassungsgericht durch ein Verbotsverfahren!«

Wir werden uns als Linksfraktion in nächster Zeit aktiv an der Bildung und Gestaltung eines breit angelegten zivilgesellschaftlichen Bündnisses gegen den Rechtsextremismus beteiligen. Und wir werden die Hamburgische Bürgerschaft



Foto: Archiv-Kollektiv im Archiv der Sozialen Bewegungen



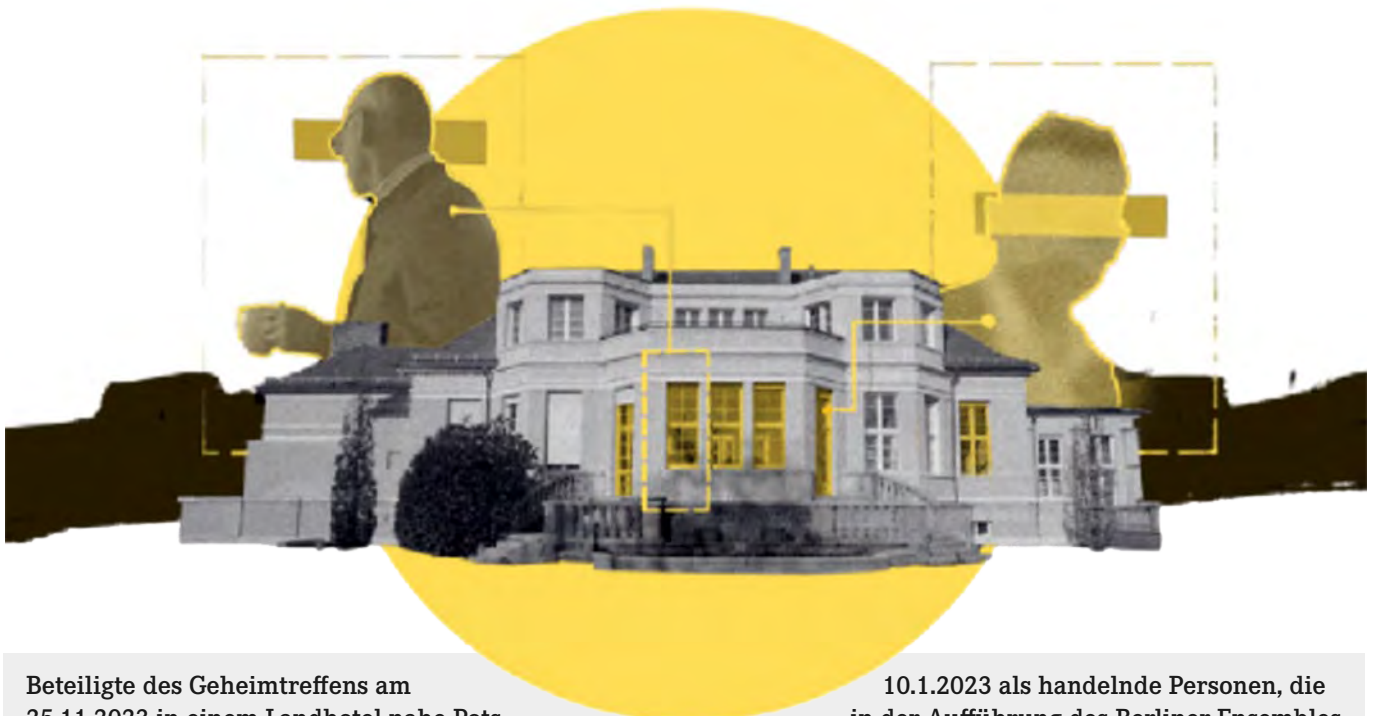
dazu nutzen, nicht nur den Abgeordneten der AfD massiv entgegenzutreten, sondern auch eine Aussage von Tanja Chawla beherzigen, die die Hamburger DGB-Vorsitzende auf der Kundgebung am 19. Januar auf der Jungfernstieg-Bühne getätigt hat: »Wir brauchen mehr solidarische Politik und soziale Gerechtigkeit. Abstiegsängste führen zu oft in das rechtskonservative Milieu. Deswegen lasst uns diese Ängste ernst nehmen. Nur ein ausfinanzierter Staat mit Investitionen in die soziale Infrastruktur, mit gerechter Steuerstruktur und ohne Schulden- und Zukunftsbremse garantiert unsere Demokratie, so wie wir sie wollen: vielfältig, offen und solidarisch.«

Sabine Boeddinghaus und Heike Sudmann
Hanno Plass und Michael Joho





Auf der Großkundgebung gegen den demokratiegefährdenden Rechtsextremismus am 19. Januar (Fotos: Michael Schwarz)



Beteiligte des Geheimtreffens am 25.11.2023 in einem Landhotel nahe Potsdam nach den Angaben von CORRECTIV vom

AfD: Roland Hartwig, (rechte Hand der Parteichefin Alice Weidel), Gerrit Huy (Bundestagsabgeordnete), Ulrich Siegmund (Fraktionsvorsitzender Sachsen-Anhalt), Tim Krause (stellv. Vorsitzender im Kreis Potsdam)

DER MÖRIG-CLAN: Gernot Möri (ein Zahnarzt im Ruhestand aus Düsseldorf), Arne Friedrich Mörig (Sohn von Gernot Mörig), Astrid Mörig (Frau von Gernot Mörig)

NEONAZIS: Martin Sellner (ein rechtsextremer Aktivist aus Österreich), Mario Müller (ein verurteilter Gewalttäter), ein junger »Identitärer«

GASTGEBER: Wilhelm Wilderink, Mathilda Martina Huss

UMFELD-ORGANISATIONEN: Simone Baum (Werteunion NRW, Vorstand), Michaela Schneider (Werteunion NRW, stellvertretender Vorstand), Silke Schröder (Verein Deut-

10.1.2023 als handelnde Personen, die in der Aufführung des Berliner Ensembles ihren Beitrag zur Enthüllung leisteten:

sche Sprache, Vorstand), Ulrich Vosgerau (ehem. Kuratoriumsmitglied der Desiderius Erasmus Stiftung)

SONSTIGE: Alexander von Bismarck, Henning Pless (rechtsextremer Heilpraktiker und Esoteriker), ein IT-Unternehmer und Blut-und-Boden-Nazi, ein Neurochirurg aus Österreich

Aktuelle Nachträge: Parteichefin Alice Weidel sah sich nach den Correctiv-Enthüllungen veranlasst, ihren Referenten Roland Hartwig zu entlassen. Andererseits bekräftigte die AfD Brandenburg laut »Tagesschau«-Meldung vom 17.1.2024, ausdrücklich hinter den »Remigrationsplänen« der Potsdamer Zusammenkunft zu stehen (www.tagesschau.de/inland/regional/brandenburg/rbb-brandenburger-afd-fraktion-steht-hinter-inhalten-des-rechten-geheimtreffens-100.html).

Aufruf zur Lichter-Meer-Kundgebung am Holocaust-Gedenktag

„N i e w i e d e r“
i s t j e t z t :

**HARBURG STEHT ZUSAMMEN
– WIR SCHÜTZEN UNSERE DEMOKRATIE!**

www.harburg-steht-zusammen.de

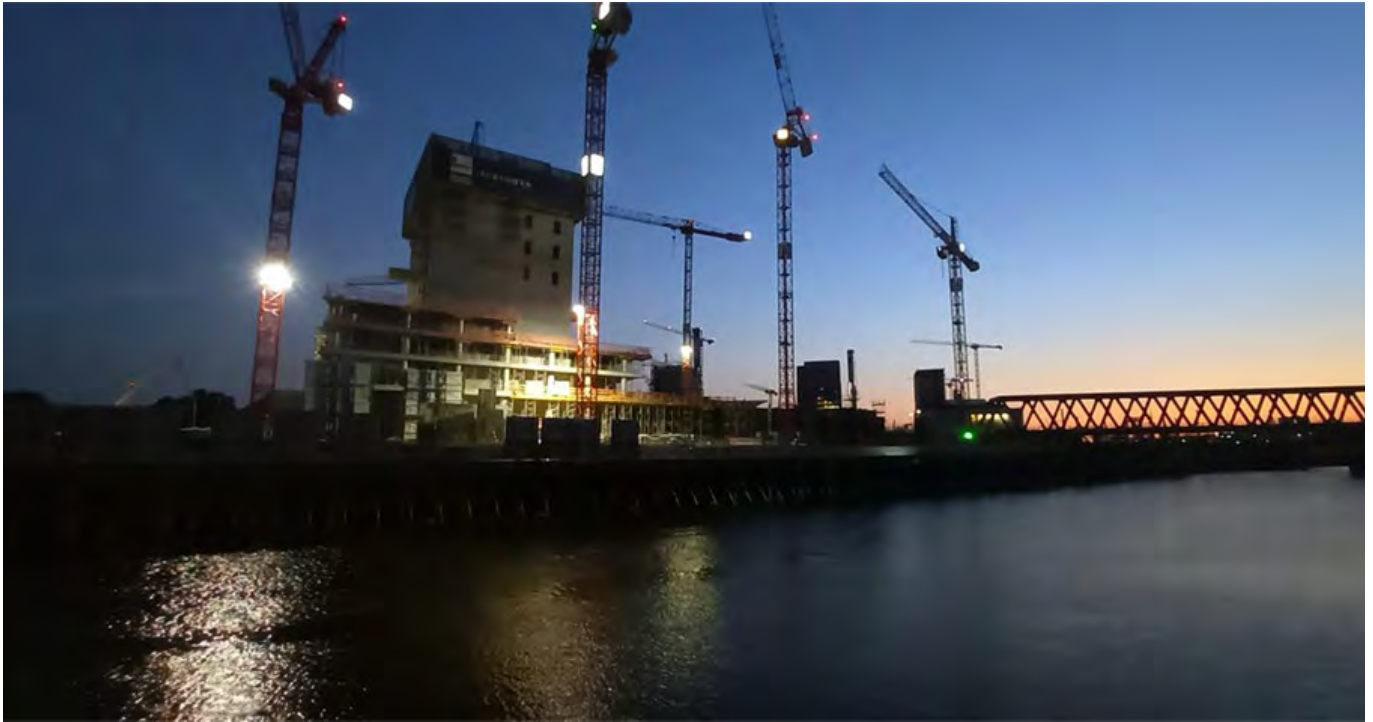
am Samstag
dem 27.01.2024
um 17:00 Uhr
am Herbert-Wehner-Platz

Mehr Informationen nicht zuletzt zum breiten Aufrufer*innenkreis unter
<https://harburg-steht-zusammen.de/>

Es gibt auch in den kommenden Tagen **weitere Kundgebungen und Demonstrationen gegen den Rechtsextremismus** inner- und außerhalb der AfD. Der Berliner »Tagesspiegel« führt eine laufende Liste unter www.tagesspiegel.de/politik/termine-fur-bundesweite-demos-gegen-rechts-in-diesen-stadten-wird-als-nachstes-gegen-die-afd-protestiert-11057332.html. Selbst kleinere Orte tauchen hier auf und unterstreichen die Breite der gewaltigen Bewegung.

Elbtower-Insolvenz: Jetzt aber richtig

Von Heike Sudmann



So schön könnte der Rückbau aussehen (Foto: Harald Heck, Aufnahme vom Juni 2023)

Bei all den Insolvenzen der verschiedenen Benko-Firmen kommt die Öffentlichkeit kaum hinterher. Ist denn der Elbtower, das Vorzeigeprojekt von René Benko und Senat, nicht schon lange insolvent? Nun, das ist erst seit dem 19. Januar der Fall. An diesem Tag hat die »Hamburg, Elbtower Immobilien GmbH & Co. KG« die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens beantragt. Die GmbH ist eine Tochter der »SIGNA Prime Selection AG«, die am 28. Dezember 2023 ein Insolvenzverfahren beantragt hat.

Wie geht es jetzt weiter?

Das bleibt eine spannende Frage. Der Senat meint, dass er im Insolvenzverfahren ein Wiederkaufsrecht geltend machen kann. Dabei übersieht er geflissentlich die Regelung im Grundstückskaufvertrag. Dort heißt es unter § 19.1.3 (a), dass das Wiederkaufsrecht verlangt werden kann bei »Eintritt einer wirtschaftlichen Verschlechterung des Käufers gemäß § 10.7. innerhalb - *geschwärzt* - nach Fertigstellung.« Mittlerweile ist bekannt, dass es in dem geschwärzten Passus um zwölf Monate geht. Wenn also innerhalb von zwölf Monaten nach Fertigstellung eine wirtschaftliche Verschlechterung (nach § 10.7. ist das die Insolvenz) eintritt, kann die Stadt das Wiederkaufsrecht verlangen. Von einer Fertigstellung ist der Elbtower aber weit entfernt. Auf meine Fragen hierzu antwortete der Senat, im Gesamtzusammenhang des Kaufvertrages sei ja klar, dass es natürlich auch um die Bauphase gehen würde. Weshalb dann der Halbsatz »innerhalb von

12 Monaten nach Fertigstellung« nicht einfach gestrichen wurde, sagt der Senat nicht. Ob der Senat einen Rechtsstreit hierüber gewinnen würde, erscheint mir fraglich.

Wiederkaufsrecht der Stadt als Ausweg?

Ob der Wiederkauf durch die Stadt, wenn es dazu käme, ein Grund zur Freude wäre, müsste sich auch noch zeigen. Die Stadt hat von der Käuferin 122 Mio. Euro für das Elbtower-Grundstück erhalten. Bei einem Wiederkauf müsste sie diese Summe abzüglich einer Pauschale von 5 Mio. Euro, an die Elbtower-Gesellschaft (bzw. die Insolvenzverwaltung) zahlen. Findet sich niemand für den Weiterbau, müsste der bisher entstandene Rohbau zurückgebaut, also abgerissen, werden. Angesichts der zusammengebrochenen Finanzierung des Elbtowers ist fraglich, ob die vertragliche vereinbarte Übernahme möglicher Rückbaukosten durch die Käuferin bezahlt werden kann. Überschreiten die Rückbaukosten, womöglich zusammen mit weiteren Kosten wie Schadensersatzleistungen an den Architekten, den von der Stadt zu erstattenden Kaufpreis von 122 Mio. Euro abzüglich der Pauschale von 5 Mio. Euro, bleibt die Stadt auf diesen Kosten sitzen.

Der Elbtower wird die Stadt und die Hamburger*innen noch lange beschäftigen. Dass am Ende alles gut wird, erwartet wohl kaum jemand. Selbst Olaf Scholz oder Peter Tschent-scher dürften nicht mehr an einen guten Ausgang glauben. Vielleicht führt der Elbtower eher zum Abgang des einen oder anderen.

»Winterdienst: Tauwetter als einzige Lösung?«

Von Michael Joho

So lautete die ironisch-sarkastische Überschrift einer Pressemitteilung des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) Hamburg vom 12. Januar (<https://hamburg.adfc.de/pressemitteilung/winterdienst-tauwetter-als-einzige-loesung>). Wohl wahr, werden viele Menschen in den vergangenen Wochen gedacht haben. Angesichts hunderter Stürze und Verletzter wegen Glätte, im Klartext: wegen nicht geräumter Wege, stellt sich die Propagandalosung des Senats von der Mobilitätswende noch einmal in einem anderen Licht dar und – besonders schmerzhaft. »Nach dem letzten Schneefall herrschte in Hamburg das übliche Bild«, so der ADFC. »Der Autoverkehr rollte auf geräumten Fahrstreifen, um Rad- und Fußverkehr kümmerte sich die Stadt kaum.«

Die Linksfraktion hat Großes im Sinn, bemüht sich aber auch darum, die alltäglichen Sorgen der Bürger*innen ernst zu nehmen. Und so dokumentieren wir hier beispielhaft einen Antrag, den die Fraktion auf der Bürgerschaftssitzung am 31. Januar einbringen wird. Irgendwann sollten doch der Senat und auch die Stadtreinigung Konsequenzen ziehen, um der allseits behaupteten »Mobilitätswende« gerade auch in der Wintersaison Rechnung zu tragen und Schaden von den im Verkehr am wenigsten geschätzten Bürger*innen abzuhalten.



Naja ... Stadtreinigung auf dem weithin ungeräumten Hachmannplatz (Fotos: Michael Joho)

Hier also unser Winterantrag – der in den nächsten Ausgaben vielleicht seine Fortsetzung findet, schon um die Parlamentsarbeit zu veranschaulichen. Wir sind gespannt, wie sich die Senatsparteien SPD und GRÜNE dazu positionieren werden.

Antrag der Linksfraktion (Drs. 22/14107 vom 17.1.2024)

Auch bei Schnee und Eis: Mehr Sicherheit für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen

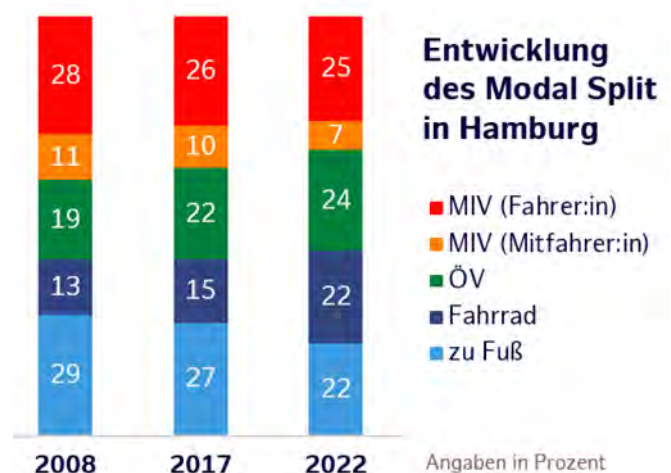
Immer wieder im Winter: trotz aller Versprechungen findet die Schneeräumung auf Radwegen, öffentlichen Plätzen und Fußwegen nur mangelhaft statt. So waren Anfang Januar bis auf wenige Hauptachsen auch Tage nach dem ersten Schneefall viele Radwege und -streifen nur unter großer Gefahr befahrbar, der vereiste Schneematsch schuf wahre Rutschbahnen. Direkt daneben liegende Autofahrspuren, wie z. B. in der Edmund-Siemers-Allee, waren hingegen eis- und schneefrei. Auch für Fußgänger*innen gab es an vielen Stellen kein sicheres Vorankommen mehr, da der angetaute und überfrorene Schnee jeden Weg zu einer Schlitterpartie werden ließ. In der Folge kam es in nur wenigen Tagen zu über hundert Einsätzen der Rettungsdienste für verletzte Fußgänger*innen und Radfahrer*innen.

Aktuell werden (laut Studie »MobiHam 2022«) bereits 68% aller Wege in Hamburg mit dem Umweltverbund (Fuß, Rad, Bus & Bahn) zurückgelegt. Den Weg zu öffentlichen Verkehrsmitteln legen die Menschen dabei zu 83% zu Fuß zurück, weitere 9% nutzen das Fahrrad. Nicht geräumte Fuß- und Radwege blockieren also auch massiv den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln und schränken die Hamburger*innen in ihrer Mobilität ein.

In vielen Fällen kommt die Stadtreinigung, trotz des unermüdlichen Einsatzes ihrer Mitarbeiter*innen, ihren Aufgaben nicht nach. Deshalb sind die Kapazitäten an Personal und Fahrzeugen so anzupassen, dass eine sichere Nutzung

von Rad- und Fußwegen auch bei Schnee und Eis gewährleistet werden kann.

Ohne Frage kommen bei den Gehwegen häufig die Grundstückseigentümer*innen ihren Pflichten nicht nach. Hier ist zu prüfen, ob und wie – besonders an viel frequentierten Stellen – die Stadtreinigung als »Ersatzvornahme« die Wege räumen und die Kosten den Anlieger*innen in Rechnung stellen kann.



Grafik aus der Mobilitätsstudie »MobiHam 2022« (www.hamburg.de/bvm/mobiham/)

Völlig unverständlich bleibt, weshalb der Senat bis heute noch nicht weiter ist bei der Suche nach alternativen Streumitteln. Dafür wurde vor Jahren eine Studie in Auftrag gegeben. Seit einem Jahr liegen die Ergebnisse dieser Studie vor, doch passiert ist seitdem wenig, wie Recherchen von »Nahverkehr Hamburg« ergeben haben: »Diese Suche nach alternativen Streumitteln läuft schon seit vielen Jahren und wurde zwischen 2019 und 2022 in einer großangelegten Studie erforscht – mit umfangreichen Praxistests auf Hamburger Straßen. Die Stadt hat für das Projekt rund 85.000 Euro ausgegeben, der Bund legte rund 340.000 Euro obendrauf.« Der detaillierten Darstellung der Studienergebnisse folgt ein ernüchterndes Fazit: »Und selbst wenn irgendwann alle rechtlichen Voraussetzungen da sein sollten, wird es bis zum ersten Alltagseinsatz eines neuen Taumittels noch länger dauern. »Läge so eine Genehmigung vor, bräuchten wir dann noch einmal eine Wintersaison, um das neue Mittel in der Praxis eingeschränkt zu erproben«, betont Johann Gerner-Beuerle

von der Hamburger Stadtreinigung gegenüber »Nahverkehr Hamburg. »Außerdem müssten wir vor einem regulären Einsatz noch viele Streufahrzeuge für die Radwege für solch ein neues Flüssigmittel umrüsten, was weitere Kosten verursacht, und Zeit benötigt.« Andere Städte sind in der Disziplin übrigens schon weiter: In der dänischen Fahrradmetropole Kopenhagen ist der Einsatz von salzhaltigen Flüssigkeiten längst Alltag, in den österreichischen Städten Wien und Innsbruck ebenfalls. Und auch München testet dies seit diesem Winter. In Hamburg – das ist absehbar – wird voraussichtlich noch so mancher Winter vergehen, bis sich Radfahrende und Zufußgehende endlich auf eis- und schneefreie Rad- und Gehwege verlassen können.« (Vgl. www.nahverkehrhamburg.de/winterchaos-auf-hamburgs-radwegen-die-unendliche-suche-nach-einer-loesung-201250/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_campaign=winterchaos-auf-hamburgs-radwegen-die-unendliche-suche-nach-einer-loesung_558, veröffentlicht am 17.1.2024).



(Private) Schneeräumung vor einem Wohnhaus der BGfG am Hansaplatz



Lange Reihe: Straße frei contra Glatteisfalle Gehweg

**Die Bürgerschaft möge beschließen:
Der Senat wird aufgefordert,**

- ❶ bei Schnee- und Eisglätte die Sicherheit der schwächeren und gefährdeten Verkehrsteilnehmer*innen vorrangig zu gewährleisten. In Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen gehört dazu auch die Erreichbarkeit der ÖPNV-Haltestellen;
- ❷ bei Schnee- und Eisglätte ein sicheres Befahren des Veloroutennetzes spätestens bis zum Einsetzen des Berufsverkehrs zu gewährleisten und ganztägig zu erhalten;
- ❸ eine Überarbeitung des Wegegesetzes zu prüfen, mit dem Ziel, der Stadtreinigung die Möglichkeit zu geben, Wege bei Nichterfüllung der Räumspflicht durch Anlieger*innen unmittelbar kostenpflichtig selbst zu räumen und
- ❹ die Suche nach alternativen Streumitteln zu forcieren und dafür auch die Erfahrungen anderer Städte zu nutzen;
- ❺ der Bürgerschaft hierüber bis zum 30.6.2024 Bericht zu erstatten.



Wo wirklich keine Schneeräumung wünschenswert ist ...

Schulformempfehlungen und Abschulen: Auf dem pädagogischen Holzweg

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Ende Januar herrscht zusätzliche Betriebsamkeit in den Hamburger Schulen. Denn die Schulformempfehlungen müssen ausgesprochen werden. Nach § 42 des Hamburgischen Schulgesetzes legt eine Zeugniskonferenz eine Einschätzung vor, wie sich die weitere Schullaufbahn einer*s Schüler*in entwickeln werde. Die letztliche Entscheidung wird den Eltern überlassen, die Einschätzung der Lehrkräfte soll aber die Richtung weisen: Gymnasium oder Stadtteilschule – die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen. Die Empfehlung zur Auslese wird natürlich pädagogisch-fachlich begründet. Weil Theorie und Praxis, Lehrer*innenmeinung und Elternwille nicht immer im Einklang stehen, klagt der Schulsenator jahrein jahraus über »falsche« Entscheidungen der Eltern, die nämlich zwei Jahre später – am Ende der 6. Klasse des Gymnasiums – mit dem Aussonderungsinstrument »Abschulung« konfrontiert seien.

Doch beide Einflussfaktoren entbehren sowohl einer belastbaren pädagogischen, als auch entwicklungspsychologischen begründbaren Vorhersage. Die Schulformempfehlung drückt keine pädagogische Entwicklungsprognose aus. Vielmehr urteilen die Lehrkräfte aufgrund ihrer eigenen Annahmen über die Leistungsfähigkeit der Elternhäuser. Wer wohlhabend erscheint, dem wird zugetraut, privat mehr in die Bildung des Kindes stecken und regelhaft unterstützen zu können. Ehrlicherweise müssen wir auch zugeben: bei aller Willkür und systematischen Fehleinschätzung der Schulformempfehlung, der reine Elternwille ist noch weniger treffend.¹ Eltern drücken mit der Schulwahl in der Regel vielmehr ihre eigenen Hoffnungen und Aspirationen und/oder den eigenen Bildungsdünkel aus.

Weder auf Seiten der Eltern noch auf Seiten der Lehrkräfte gibt es eine valide, objektivierbare Vorhersage hinsichtlich des zukünftigen Bildungsweges. Das belegen auch die empirischen Zahlen aus Hamburg. Im Schuljahr 2022/23 wurden 709 Schüler*innen nach Klasse 6 vom Gymnasium an eine Stadtteilschule verwiesen, weil ihre aktuellen Leistungen angeblich belegen würden, dass sie in den folgenden sechs Jahre nicht am Gymnasium zum Abitur gelangen könnten. Gymnasien schulten bis zu einem Viertel ihrer Schüler*innen der 6. Klasse an die Stadtteilschulen ab (Drs. 22/13392 vom 10.11.2023, www.buergerschaft-hh.de/parl-dok/dokument/85390/schulformwechsler_innen_im_schuljahr_2022_2023.pdf). Von den Schüler*innen, die des Gymnasiums verwiesen wurden, hatten fast 40 Prozent eine Gymnasialempfehlung. Diese Quote belegt, dass die Wahrscheinlichkeit der Lehrkräfte, den Bildungsweg korrekt zu bestimmen im Bereich des Ratens liegt. Die deutlich gesunkenen Abschulungszahlen während der Coronapandemie

¹ [Die Rolle von Lehrkräften bei der \(Re-\)Produktion von Bildungsungleichheit | Bildung | bpb.de.](https://www.buergerschaft-hh.de/parl-dok/dokument/85390/schulformwechsler_innen_im_schuljahr_2022_2023.pdf)



zeigen zudem, dass es auch Gymnasien möglich ist, ihre Schüler*innen zu behalten und nicht der Schule zu verweisen – sogar ohne zusätzliche Ressourcen.

Zudem besitzen Schulformempfehlungen in pädagogischer Hinsicht keinerlei belastbare Aussagekraft. Im letzten Schuljahr hatten in der 10. Klasse des Gymnasiums rund ein Viertel der Schüler*innen keine Gymnasialempfehlung; dies ist ein weiterer Beleg für die geringe Triftigkeit der Schulformempfehlung.

Daher sehen wir es als geboten an, die Schulen und die Familien nicht weiter mit den Schulformempfehlungen und der mit ihnen verbundenen Hoffnung auf einen Bildungserfolg durch Selektion zu belasten und in die Irre zu führen. Lehrkräfte können von der Pflicht der Wahrsagung zum Ende des ersten Halbjahres der 4. Klasse erlöst werden und so ihre pä-



dagogische Energie ausschließlich in die Förderung der jungen Menschen investieren. Durch die Schulformempfehlung zu suggerieren, Schulen könnten voraussehen, zu welchen Leistungen neun- oder zehnjährige Schüler*innen Jahre später fähig seien, ist irreführend und so genau wie ein Glücksspiel. Aus diesem Grund haben wir einen Antrag an die Bürgerschaft gerichtet, die Schulformempfehlung abzuschaffen und durch ein weiteres Lernentwicklungsgespräch zu ersetzen.²

Natürlich ist es in diesem Zuge nur konsequent, auch ein Ende des Abschlusens nach Klasse 6 am Gymnasium zu fordern. Alle, Eltern und Schüler*innen, müssten sicher sein können, die Wahl der Schule heißt, dass diese ihre Kinder bzw. sie selbst zum jeweils bestmöglichen Abschluss führt und auf diesem Weg ebenfalls bestmöglich fördert und unterstützt. Darauf ist in Hamburg aber nur eine Schulform, die Stadtteilschule, ausgerichtet, und sie leistet sämtlichen empirischen Daten zufolge eine großartige Arbeit – allen Widrigkeiten und Herausforderungen zum Trotz.

Jahrelang waren es knapp tausend junge Menschen, die das Gymnasium verlassen mussten. Unter der Coronapandemie zeigten die Gymnasien, dass sie es schaffen konnten, auch Schüler*innen, die unter »normalen« Umständen hätten des Gymnasiums verwiesen werden müssen, zu halten: die Abschlussszahlen nahmen ab. Das lag auch daran, dass die Schulbehörde zu einer großzügigeren Auslegung der Noten riet und daher weniger Schüler*innen am Ende der 6. Gymnasialklasse einen Notenspiegel hatten, der

eine Abschlussszahl rechtfertigte. Seitdem hält sich die Abschlussszahl insgesamt auf einem niedrigeren Niveau, im letzten Schuljahr wurden 709 Schüler*innen des Gymnasiums verwiesen. Was wenig klingt, ist für manche Schulen fast eine ganze Klasse an Schüler*innen, die die Schule verlassen – für die Schulgemeinschaft ein dramatischer Einschnitt. Für die Stadtteilschulen wiederum bedeutet die Aufnahme der Schüler*innen jedoch eine nicht unbeträchtliche Belastung, da in ihrem 7. Jahrgang bis zu einer ganzen Klasse dazukommt. Diese jungen Menschen müssen nicht nur regulär unterrichtet, sie müssen vielmehr besonders emotional aufgebaut werden, um die Frustration und das Scheitern in der Schule zu verarbeiten.

Es zeigt sich zudem, dass eine solche starre Hierarchie der Schulformen, wie sie zu seiner Gründungszeit – dem Kaiserreich im vorletzten Jahrhundert (!) – festgeschrieben gewesen ist, zumindest in Teilen aufgeweicht ist. Die unerbittliche Wirklichkeit dringt in die Gymnasien und zwingt sie geradezu zu der Erkenntnis, sich nicht weiter abschließen zu können. Manche von ihnen wollen es aus Einsicht und aus pädagogischen Gesichtspunkten nicht mehr.³

Dabei, das zeigt wieder einmal die letzte PISA-Studie, ist längeres gemeinsames Lernen einer der Schlüssel zum Bildungserfolg in heterogenen Lerngruppen. Und Vielfalt besteht in den meisten Klassen in Hamburg auf unterschiedlichen Ebenen: Sprachniveaus, kulturellen Erfahrungen, Klassenhintergründen, individuellen Erfahrungen, Familien-

³ www.linksfraktion-hamburg.de/die-gesellschaftliche-viel-falt-ist-in-den-gymnasien-angekommen-sie-muessen-sich-weiterentwickeln/.

² [Antrag \(buergerschaft-hh.de\)](http://Antrag_(buergerschaft-hh.de))

konstellationen, ... alles ist hier bunt durcheinander und alles kommt als individuelle Lernvoraussetzung in den einzelnen Schüler*innen zusammen und all dies ist ihre individuelle Voraussetzung, ihr Recht auf Bildung wahrzunehmen. Um dieses Recht umzusetzen, dazu sind die Schulen da. Dabei ist der sogenannte Migrationshintergrund nur ein Faktor, der zu Unrecht als Hinderungsgrund für einen Bildungserfolg herangezogen wird. Weitaus stärker ist es die Klassenlage des Elternhauses, die über den Bildungserfolg einer*s Schüler*in entscheidet. Beide, soziale Herkunft und Bildungserfolg, sind in Deutschland aufs Engste miteinander verbunden:⁴ über je mehr finanzielle Ressourcen ein Elternhaus verfügen kann, desto höher ist der Bildungsabschluss der Kinder. In die andere Richtung gilt es ebenfalls: je ökonomisch schwächer ein Elternhaus ist, desto eher schließt das Kind mit einem Ersten oder Mittleren Schulabschluss die Schule ab. Das ist kein Naturgesetz, sondern Ausdruck der gesellschaftlichen Klassenspaltung.⁵ Abschulen ist ein zusätzliches Spaltungsinstrument und es ist, neben dem Abitur in acht Schuljahren, das Kennzeichen des Hamburger Gymnasiums.



Eine Debatte um den Sinn bzw. den Unsinn eines Zwei-Klassen-Schulsystems ist derzeit zwar möglich, doch aufgrund der bildungspolitischen Betonkopfpolitik der rot-grünen Regierung eigentlich aussichtslos. Ihr Einvernehmen in den schlechten Status quo bekundeten SPD und GRÜNE unter Einschluss von CDU und FDP im Schulstrukturfrieden von 2019.⁶ Mit diesem sogenannten Schulstrukturfrieden ist bis 2025 verabredet worden, die Struktur des Schulsystems zur Diskussion zu stellen. Die Beibehaltung des segregierten Lernens ist der Kern des Schulstrukturfriedens. Und die stei-

⁴ [Mythos Bildungsungleichheit? Eine Diskussion der Thesen von Rainer Bölling \(econstor.eu\), Ungleichheit: Warum Arme es in der Schule schwer haben \(fluter.de\)](#)

⁵ Bemerkte sei hier, dass die gesellschaftliche Klassenspaltung nicht durch das Schulsystem aufgehoben werden kann. Auch wenn wir eine Schule für alle hätten, würde nach der Schule das System der Klassenspaltung munter weitergehen und sich in allen Bereichen widerspiegeln. Doch Schulen wären in der besonderen Verantwortung, allen Kindern und Jugendlichen unterschiedslos zu den besten Schulabschlüssen zu verhelfen. Denn das ist die Konsequenz aus der UN-Kinderrechts- sowie der UN-Behindertenrechtskonvention.

⁶ [Microsoft Word - 18362aNeu_sitz \(buergerschaft-hh.de\)](#)

genden Anforderungen an die Schulen können nicht angemessen und nur ohne systematisch-strukturelle Folgen diskutiert werden.

Doch Struktur und Pädagogik hängen zusammen, ohne Änderung der Struktur des Bildungswesens keine Bildungsgerechtigkeit! Wenn sich Schulen dazu verpflichten, alle Schüler*innen aufzunehmen und zu behalten, muss sich dies auch in der pädagogischen Konzeption und Tagesarbeit niederschlagen.

Das Abschulen zu beenden ist eine aktuelle bildungspolitische Aufgabe, die in den entscheidenden Stellen auf taube Ohren stößt. Mehrfach hatten wir auf die Notwendigkeit hingewiesen, das bildungspolitische Spaltungsinstrument Abschulen zu schleifen.⁷ Wir werden diese Debatte nicht aussetzen. Das Abschulen abzuschaffen haben wir jedoch bisher nicht parlamentarisch gefordert. Zum einen, weil es am Kern des Zwei-Säulen-Modells rüttelt und damit derzeit aus der parlamentarischen bildungspolitischen Debatte ausgegrenzt ist. Logischerweise kommt es bei einem Ende der segregierenden Praxis nicht mehr auf den Namen der Schule (Gymnasium Soundso, Stadtteilschule Hierunddort) an: was zählt ist die pädagogische Arbeit mit den jungen Menschen.

Vor einem Antrag an die Bürgerschaft wollen wir jedoch eine Initiative für ein Ende des Abschulens intensiver vorbereiten, auf dem kommenden Bildungsgipfel am 22. Juni diesen Jahres beispielsweise. Auch soll ein Gymnasium ohne Abschulen im Rahmen eines Schulversuchs den evaluierbaren Nachweis bringen, dass dadurch eine bessere und gerechtere Schule möglich ist. Ein Ende der Maßnahmen, das wittern ihre Gegner*innen selbstredend, würde das Schulsystem quasi von innen heraus revolutionieren. Weniger ist jedoch angesichts der anhaltenden Bildungsgerechtigkeit, der sich Jahr um Jahr wiederholenden Bildungsmisere und der anrollenden Bildungskatastrophe nicht möglich.

⁷ Die Linke Fraktion Hamburg | Bildung Pressemeldungen Sabine Boeddinghaus Schule und Berufsbildung | G9-Volksinitiative bringt frischen Wind in die Schuldebatte ([linksfraktion-hamburg.de](#)), [www.linksfraktion-hamburg.de/abschulungen-stoppen-schueler_innen-staerken/](#).

Ein grundlegendes Papier zur Schulpolitik haben Mitte September 2023 die Parteivorsitzende Janine Wissler und Nicole Gohlke, bildungspolitische Sprecherin der damals noch existenten Bundestagsfraktion der LINKEN vorgelegt. Darin die Ausführungen zu den vier wichtigsten Forderungspaketen:

- 1 Schulen zu Wohlfühlorten machen**
- 2 Lernen ohne Angst und Druck**
- 3 Gute Arbeit im Klassenzimmer**
- 4 Gute Standards von Aachen bis Görlitz**

Das ganze Papier gibt es hier: https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Entschlossen_gegen_den_Bildungsnotstand_01.pdf.

Verkehrsentwicklungsplanung oder Strategie Mobilitätswende

Von Heike Sudmann

2019 hat der Senat angefangen, eine neue Verkehrsentwicklungsplanung für Hamburg aufzulegen. Im November 2023 hat diese Planung nun unter dem neuen Titel »Strategie Mobilitätswende« das Licht der Öffentlichkeit erblickt (Drucksache 22/13670 vom 28.11.2023). Auf knapp 80 Seiten werden relevante Themenfelder dargestellt und Entwicklungen aufgezeigt. Wer nach Daten und Informationen sucht, wird hier ganz gut bedient.

Verdoppelung der ÖPNV-Fahrgäste nur auf dem Papier

Weniger gut stellt sich die Zielerreichung dar. Bis zum Jahr 2030 sollen 80 Prozent aller Wege im Umweltverbund zurückgelegt werden. Die Zahl der Fahrgäste von Bus und Bahn soll dafür verdoppelt werden. Doch womit sollen diese Fahrgäste fahren? Trotz des proklamierten »Jahrzehnts des Schnellbahnbaus« wird bis 2030 kein einziger Fahrgast in der geplanten U5 sitzen. Der kurze Stummel von Bramfeld bis zur City-Nord wird frühestens 2032 den Fahrgastbetrieb aufnehmen. Wann der große restliche Teil der U5 bis zu den Arenen fertig wird, steht in den Sternen. Selbst der Senat geht nicht davon aus, dass vor den 2040er-Jahren die U5 in Gänze fährt.

Auch das andere Großprojekt – der Verbindungsbahnentlastungstunnel (VET) – wird noch Jahrzehnte brauchen – wenn es denn überhaupt kommt. Bei beiden Projekten muss sich zeigen, ob der Bund den Großteil der Finanzierung bezahlen kann und wird.

Eine Verstärkung des Busverkehrs mit neuen Metrobus- und Xpress-Buslinien wird noch etliche Zeit auf sich warten lassen. Ebenso neue Busspuren. Doch was nützt ein Bus, der genau wie der Autoverkehr im Stau stehenbleibt?

Ein weiteres Manko ist die unverändert fehlende hamburgweite Strategie für den Fußverkehr, sie wird noch erarbeitet. Auch die Frage, ab wann denn die angekündigten jährlich neuen oder sanierten 100 Kilometer Radverkehrsanlagen kommen, konnte der Senator Anjes Tjarks im Verkehrsausschuss Mitte Januar nicht beantworten.

Autonomes Fahren als Rettung?

Auskunftsfreudiger und begeisterter war Tjarks hingegen bei dem Thema Digitalisierung und autonomes Fahren. Bis zum Jahr 2030 sollen bis zu 10.000 autonom fahrende Fahrzeuge Personen transportieren. Diese »on demand«-Verkehre sind ein wichtiger Baustein des Hamburg-Takts. Innerhalb von fünf Minuten soll jede*r einen Haltepunkt des Öffentlichen Personenverkehrs erreichen können. Ob und was dann dort abfährt ist sehr unterschiedlich. Gerade in Bereichen mit schlechter Bus- und Bahnanbindung werden das vor allem die »on demand«-Fahrzeuge sein. Bisher muss für die Nutzung extra gezahlt werden, die hvv-Fahrkarte (oder das 49-Euro-Ticket) gelten nicht. Meiner Kritik, dass mit diesen Extra-Zahlungen Menschen von der Mobilität ausgeschlossen



werden, setzte Tjarks entgegen, dass ja noch gar nicht klar sei, ob das so bliebe. Vielmehr würde er überlegen, ob nicht ein abgestuftes Preissystem eingeführt werden könne. Da, wo parallel zu bestehenden guten ÖPNV-Verbindungen »on demand«-Verkehr stattfindet, könnte der Fahrpreis höher ausfallen. In anderen Bereichen würde der Preis dann sinken. Auch eine Integration in den hvv-Fahrpreis würde überlegt. Im Jahr 2024 sollen diese autonom fahrenden Fahrzeuge auf Hamburgs Straßen erprobt werden. Ob und wie schnell dann ein Regelbetrieb mit bis zu 10.000 Fahrzeugen aufgebaut werden kann, steht derzeit noch in den Sternen.

Was fehlt, was ist zu viel und was klimaschädlich?

Wie nicht anders zu erwarten, taucht die Straßenbahn in dem Papier nicht auf. Der rot-grüne Senat ignoriert weiterhin eine im Vergleich zur U5 erheblich schneller und kostengünstiger zu erstellende Alternative. Neben den LINKEN (und vielen anderen) kritisiert auch der Klimabeirat des Senats das Fehlen der Straßenbahn. Steter Tropfen höhlt den Stein ...

Leider auch nicht anders zu erwarten ist das Festhalten des rot-grünen Senats an der Autobahn A26-Ost. Damit werden alle Sonntagsreden zum Klimaschutz Lügen gestraft. Wie kann der Senat es wagen, in diesen Zeiten einen Autobahnbau auf Hamburger Gebiet zu verteidigen, statt ihn zu stoppen – würde Greta Thunberg fragen.

Fazit

Es steckt sicherlich sehr viel Arbeit in den 80 Seiten. Doch für eine echte und schnelle Mobilitätswende werden die Weichen noch nicht gestellt.

Wer dem Autoverkehr keinen Platz wegnimmt, um mehr Busse und natürlich auch Straßenbahnen fahren zu lassen sowie um mehr Platz für Fuß- und Radverkehr zu schaffen, verfehlt wichtige Ziele.

Für die Mobilitätswende zu streiten, heißt auch viele unangenehme Diskussionen zu führen. Doch noch unangenehmer wird es, wenn die Stadt durch die Klimakrise im Sommer überhitzt wird, wenn Hamburg Überflutungen und Hochwasser fürchten muss und sich weitere Auswirkungen des zu hohen CO₂-Ausstosses negativ bemerkbar machen.

Tipps und Termine

Mit etwa **90.000 Soldat*innen** findet zurzeit das **NATO-Manöver Steadfast Defender 2024**, die größte Militärübung seit Ende des Kalten Krieges. Man wolle damit die militärische Reaktion auf den möglichen Einmarsch russischer Truppen in ein NATO-Land proben. »Unerschütterlich kriegsbereit« hat das »Neue Deutschland« ihren Artikel vom 21. Januar zu diesem Großevent überschrieben (www.nd-aktuell.de/artikel/1179390.steadfast-defender-nato-grossmanoever-sunerschuetterlich-kriegsbereit.html). Angesichts dieses Gerassels kann ab und an mal ein Blick in die realen Rüstungskosten hilfreich sein. Das renommierte Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI gab die **Militärausgaben Ende April 2023 für das Jahr 2022** laut »Handelsblatt« online vom 15. Januar mit den nachfolgenden Werten an:

Ranking: Die 20 Länder mit den höchsten Militärausgaben in der Tabelle

Platz	Land	Militärausgaben	Anteil am BIP
1.	USA	877 Mrd. US-Dollar	3,4 Prozent
2.	China ¹	292 Mrd. US-Dollar	1,6 Prozent
3.	Russland ¹	86,4 Mrd. US-Dollar	3,9 Prozent
4.	Indien	81,4 Mrd. US-Dollar	2,4 Prozent
5.	Saudi-Arabien ¹	75 Mrd. US-Dollar	6,8 Prozent
6.	Großbritannien	68,5 Mrd. US-Dollar	2,2 Prozent
7.	Deutschland	55,8 Mrd. US-Dollar	1,4 Prozent
8.	Frankreich	53,6 Mrd. US-Dollar	1,9 Prozent
9.	Südkorea	46,4 Mrd. US-Dollar	2,8 Prozent
10.	Japan	46 Mrd. US-Dollar	1,1 Prozent
11.	Ukraine	44 Mrd. US-Dollar	29 Prozent
12.	Italien	33,5 Mrd. US-Dollar	1,7 Prozent
13.	Australien	32,3 Mrd. US-Dollar	1,9 Prozent
14.	Kanada	26,9 Mrd. US-Dollar	1,3 Prozent
15.	Israel	23,4 Mrd. US-Dollar	4,5 Prozent
16.	Spanien	20,3 Mrd. US-Dollar	1,5 Prozent
17.	Brasilien	20,2 Mrd. US-Dollar	1,1 Prozent
18.	Polen	16,6 Mrd. US-Dollar	2,4 Prozent
19.	Niederlande	15,6 Mrd. US-Dollar	1,6 Prozent
20.	Katar	15,4 Mrd. US-Dollar	6,8 Prozent
	Insgesamt:	1.930,3 Mrd. US-Dollar	

¹ Die Angaben zu China, Russland und Saudi-Arabien hat Siori geschätzt.

Eine neue **Volksinitiative für besseren Klimaschutz** hat **Fridays for Future** auf den Weg gebracht, unterstützt vom Naturschutzbund (**NABU**), der Gewerkschaft **ver.di** und dem **Mieterverein** zu Hamburg. »Unsere Stadt Hamburg verdient eine ehrliche Klimapolitik«, heißt es im Aufruf. »Der Hamburger Zukunftsentscheid will das Klimaschutzgesetz unserer Stadt verbessern. Wir wollen den Senat auf einen sozial gerechten, wissenschaftsbasierten und wirtschaftlich ausgewogenen Klimaschutz verpflichten und der Hamburger Klimapolitik einen verlässlichen Rahmen geben.« Die Forderungen im Überblick:

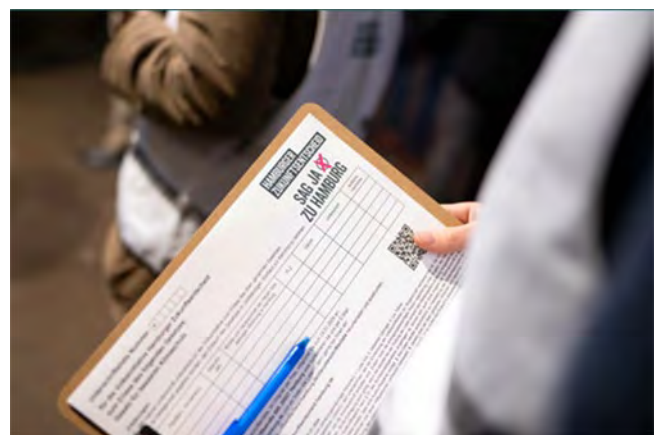
- **Sozialverträglich:** Jede Klimaschutzmaßnahme muss sozialverträglich sein.
- **Planbar und Verbindlich:** Die Hamburger Regierung muss jährliche CO2-Reduktionsziele erreichen – anstatt die Transformation mit Zielen für 2030 und 2045 zu vertagen.
- **Verantwortungsbewusst:** Mit der Klimaneutralität bis 2040 vergrößern wir unseren Beitrag zum Erreichen des 1,5 °C-Ziels und werden damit unserer Verantwortung als Wirtschaftsstandort Hamburg gerecht. Ein ausgewogener und realistischer Gesetzentwurf bringt soziale, ökologische und wirtschaftliche Akteure zusammen.

Nur so können wir einer gesellschaftlichen Polarisierung entgegenwirken.

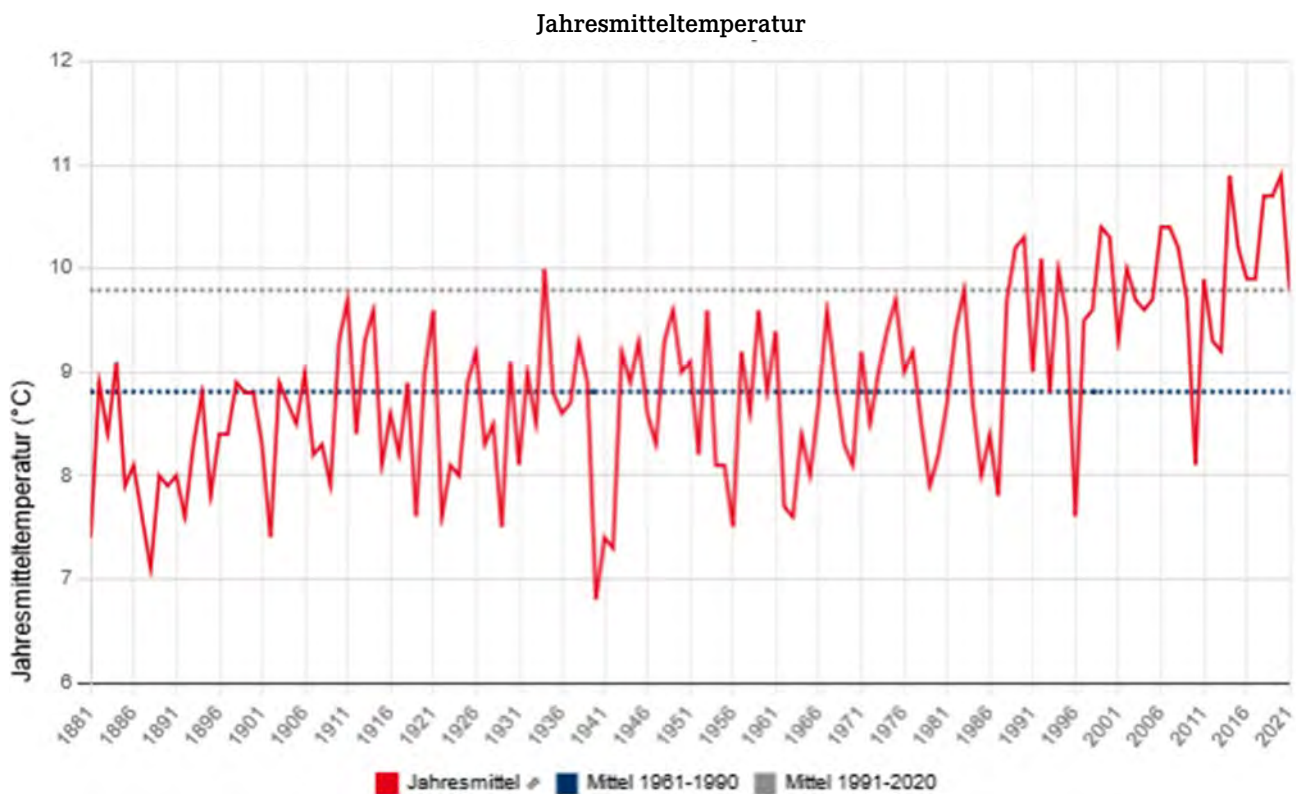
Weitere Informationen und Unterschriftenlisten zum Ausdrucken gibt es hier:

<https://zukunftsentscheid-hamburg.de/inhalte/>.

Allerdings ist bei der Sammlung bereits die letzte Runde eingeläutet. **Nur noch bis zum 10. Februar können ausgefüllte Unterschriftenlisten im projekt/t/raum (Kohlhöfen 15) abgegeben werden.**



Quelle: <https://zukunftsentscheid-hamburg.de/unterschreiben/>



Wer sich für Daten, Diagramme und Kurven zur Untermauerung der klimapolitischen Argumentation interessiert, der/demjenigen kann jetzt geholfen werden. Eine **neue Informationsplattform** zeigt seit Ende November 2023 die **Klimafolgen für Hamburg** auf. Das Informationssystem wird von der hiesigen Umweltbehörde auf Stand gehalten. Es gibt u.a. Daten zu Hitze und Trockenheit, Starkregen, Sturmfluten und andere Extremwetterphänomene. Insgesamt 38 Indikatoren in acht Handlungsfeldern werden veranschaulicht. Geliefert werden die Daten von rund 20 wissenschaftlichen Institutionen wie dem Deutschen Wetterdienst, Hamburg Wasser, der Hochbahn und Versicherungen (www.hamburg.de/klimaentwicklung-hamburg).

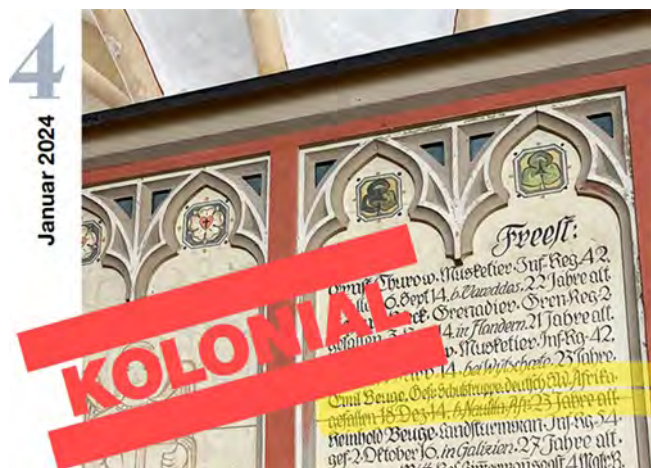
Oha! Irgendwo stand kürzlich mal zu lesen, das Wörtchen **OHA!** sei das am häufigsten gebrauchte Wort der Hamburger*innen. Und tatsächlich, seitdem fällt dem Verfasser dieser Zeilen erst auf, wie viele OHAs den Tag über so anfallen. Ein mehrfaches OHA! hat jedenfalls die Meldung hervorgerufen, die die »Süddeutsche Zeitung« im November letzten Jahres auf diese bedrohliche Formel brachte: **Die Welt ist auf Drei-Grad-Kurs**. Immer mehr Wissenschaftler*innen – zuletzt im UN-Umweltprogramm (UNEP) – gehen davon aus, dass die Zielmarke von maximal 1,5 Prozent Erwärmung gegenüber dem

vorindustriellen Zeitalter nicht mehr einzuhalten ist. Und in Deutschland erstarkt die AfD, in den USA droht eine weitere Amtszeit von Trump, alles Leugner der Klimakatastrophe.

Einige Bezirksverbände der Hamburger LINKEN geben in eher unregelmäßigen Abständen einen Newsletter heraus. Nehmen wir beispielhaft **Die Linkskurve**, das **Organ der Eimsbütteler LINKEN**. In der 17-seitigen Ausgabe finden sich die ersten Informationen zur Bezirksversammlungswahl im Juni, es geht u.a. um mehrjährige Leerstände in der Grindelallee und verschiedene Termine in den kommenden Wochen, z.B. eine Feier zum 153. Geburtstag von Rosa Luxemburg am 4. März um 17.00 Uhr im Wehbers Park und eine Toilettenaktion am 13. April an der Kreuzung Osterstraße/Heussweg. Alles hier: www.die-linke-eimsbuettel.de/start/newsletter/.

Auch die ev.-luth. Nordkirche reflektiert ihre eigene, mit dem Kolonialismus verbundene Geschichte. Nun ist soeben die vierte Ausgabe von **GedenkenBedenken Kolonial** erschienen, Informationen zur Erinnerungskultur im Bereich der Nordkirche. Auf 72 Seiten gibt es dieses Mal etliche Beiträge zum Kolonialismus, die sich mit einzelnen Facetten, Orten, Denkmälern usw.

auseinandersetzen. Die jüngste Ausgabe gibt es hier: www.denk-mal-gegen-krieg.de/assets/Uploads/Netzwerk-Erinnerungskultur-Informationen4-2024-final.pdf. Die älteren, kaum minder umfangreichen und ebenso interessanten Nummern gibt es auch noch: www.denk-mal-gegen-krieg.de/netzwerk/konzept/.



»In gut 20 Jahren ist Hamburg um eine Großstadt gewachsen«, vermeldete »Die Welt« online am 16. Januar (www.welt.de/regionales/hamburg/article249569074/Einwohnerentwicklung-In-gut-20-Jahren-ist-Hamburg-um-eine-Grossstadt-gewachsen.html). Tatsächlich hat **Hamburgs Bevölkerung zwischen Ende 2002 und Ende 2022 um sage und schreibe 233.100 Personen**

zugenommen. »Zuwachsgewinner« waren vor allem die Stadtteile Rahlstedt, Winterhude und Harburg, in einigen kleinen Quartieren hat es dagegen eine rückläufige Entwicklung gegeben. Alle Daten des Statistikamtes ebenfalls vom 16. Januar gibt es hier: www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI24_004.pdf (siehe Grafik unten).

Der **Sozialverband Deutschland (SoVD) in Hamburg** betreibt eine recht vielseitige Homepage, die zu allen Fragen der Sozial-, aber eben auch zur Verkehrs- und Wohnungspolitik Stellung bezieht. Mitte November 2023 hat der Verband in einer Pressemitteilung eine **Steuer-senkung für mehr sozialen Wohnungsbau** gefordert, schließlich würden rund 90.000 Menschen gegenwärtig auf eine SAGA-Wohnung warten. »Eine abgesenkte Mehrwertsteuer für Material und Dienstleistungen (bei Bautätigkeiten, BB) in Höhe von sieben Prozent,« so Hamburgs SoVD-Chef Klaus Wicher, »aber auch eine Verschlinkung der Vorschriften würden einiges anstoßen. Dies alles sollte so lange zeitlich begrenzt werden« (www.sovd-hh.de/news-service/sov-d-fordert-steuer-senkung-fuer-mehr-sozialen-wohnungsbau).

Der Einbruch der **hamburgischen Wohnungsbauzahlen** für das Jahr 2023 deutete sich bereits vor einigen Wochen an. Laut »Hamburger Morgenpost« vom 30. Dezember 2023 sind **bis Ende November 2023 lediglich**



4.555 Baugenehmigungen erteilt worden, 10.000 sind das seit Jahren propagierte Ziel. Bei den **geförderten Wohnungen** sah es etwas besser aus: Bis Ende November letzten Jahres gab es immerhin **2.011 Bewilligungen**, wenngleich diese Zahl auch noch weit weg ist von der Zielmenge 3.000. Mit den Werten für das gesamte Jahr 2023 ist auf der Landespressekonferenz am 30. Januar zu rechnen.

Endlich, nach jahrelang aufgestellten Forderungen, hat der Bund seine Grundstücke auf hamburgischen Boden der Stadt zwar nicht geschenkt, aber immerhin **453.000 Quadratmeter Flächen über die Bundesanstalt für Immobilien (BImA) Ende 2023 an die Stadt verkauft**. Das Ankaufpaket umfasst zwölf Areale in den Bezirken Bergedorf, Eimsbüttel, Harburg und Hamburg-Nord, lauter »unbebaute Flächen mit land- und forstwirtschaftlichen Nutzungen sowie um Grünflächen«, wie der Senat am 27. Dezember 2023 mitteilte. Der überwiegende Teil wird auch Grünfläche bleiben, teilweise sind Areale auch »als Potenzialflächen« für kommunale Nutzungen, geförderten Wohnungsbau und den Naturschutzausgleich vorgesehen (www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/18002720/2023-12-27-fb-flaechenankaufe/).

Ende November letzten Jahres ist die achte Ausgabe der **Común** erschienen, das aus den bundesdeutschen Recht-auf-Stadt-Zusammenhängen in größeren Abständen publizierte **Magazin für stadtpolitische Intervention** (<https://comun-magazin.org/neuerscheinung-comun-8/>). Der Schwerpunkt des Heftes dreht sich um die Aspekte Beteiligung, Kooperation und Selbstorganisation in der Stadtentwicklung. Aus Hamburg gibt es zwei Beiträge«. Der eine mit den Titel »Versammelt euch! Und dann?« stammt von Nils Boeing, der sich mit dem großen Experiment selbstorganisierter **Stadtteilversammlungen** zwischen 2014 und 2020 mit bis zu 1.200 Teilnehmer*innen in **St. Pauli** beschäftigt. Michael Joho dagegen thematisiert die **Quartiers- und Stadtteilbeiräte**, die sich hier und da als ein umkämpftes Korrektiv der Politik herauskristallisiert haben, zieht aber eine nüchterne Bilanz für **St. Georg** und wirft mittlerweile die skeptische Frage auf »Stadtteilbeiräte – ein Modell der Bürger:innenbeteiligung?«.

Die gewerkschaftsnahe **Hans Böckler Stiftung** (HBS) hat im Dezember 2023 ein neues **Working Paper** vorgelegt, in dem es um das **Milliardenvermögen in Deutschland** geht. Verfasst wurde es von Julia Jirmann und Christoph Trautvetter, ausgewiesenen Reichtums-



forscher*innen. Das Duo begründet in dem 52-seitigen Paper, warum der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung »gerade im Bereich der Superreichen eine wesentliche Lücke« aufweist (S. 5). Nach Berechnungen von Jirmann und Trautvetter beträgt die Summe der Milliardenvermögen in Deutschland nicht 900 Milliarden (laut »Manager Magazin«), sondern mindestens 500 Milliarden darüber. Und so lautet der Untertitel der Studie denn auch »Lücken der Reichtumserfassung und -besteuerung – Vorschlag für einen alternativen Reichtumsbericht«. Guckst du hier: www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-008752. Abbildung aus der HBS-Zeitschrift »impuls« vom 21. 12.2023 mit einer Kurzfassung des Working Papers.

Mehr als 200 Milliardenvermögen

So viele Milliardenvermögen* gibt es in Deutschland ...



*Verschiedene Vermögen, die sich auf Teile eines Milliardenvermögens beziehen, sind zusammengefasst – z.B. wenn sie einem Unternehmen zuzuordnen sind; Quelle: Jirmann, Trautvetter 2023



Um im Thema zu bleiben, im ZDF lief am 12. Dezember 2023 eine echt sehenswerte **43-minütige Dokumentation** mit dem Titel **Die geheime Welt der Superreichen – Das Milliardenpiel**. »Jochen Breyer recherchiert investigativ in der Welt der deutschen Superreichen: 237 Milliardäre zählt das Land, Tendenz steigend. Doch wer der reichste Deutsche ist, war lange geheim. Bis jetzt.« Den Film in der Videothek zu schauen hat keine Eile, er ist noch bis Ende 2028 unter www.zdf.de/dokumentation/zdfzeit/zdfzeit-die-geheimewelt-der-superreichen-100.html auf den Bildschirm zu zaubern.

»Es wäre wohl eine mediale Sensation und würde etliche Demonstrationen auf den Plan rufen, wenn die Autobahn GmbH des Bundes bekanntgeben würde, die Autobahn zwischen den zwei größten deutschen Städten über Monate vollständig zu sperren«, hieß es im LOK Report bereits Ende Oktober 2023. »Doch genau dies soll für eine so genannte **Generalsanierung 2025 auf der Schienenstrecke zwischen Berlin und Hamburg**, sowie bis Ende 2030 auf 39 weiteren Korridoren in Deutschland geschehen« (<https://www.lok-report.de/news/deutschland/verkehr/item/44908-die-gueterbahnen-160-km-umweg-waehrend-der-vollsperrung-hamburg-berlin.html>). So kommt es, wenn viele Jahre wenn nicht Jahrzehnte notwendige Erneuerungsarbeiten vernachlässigt werden.

160 Kilometer Umweg

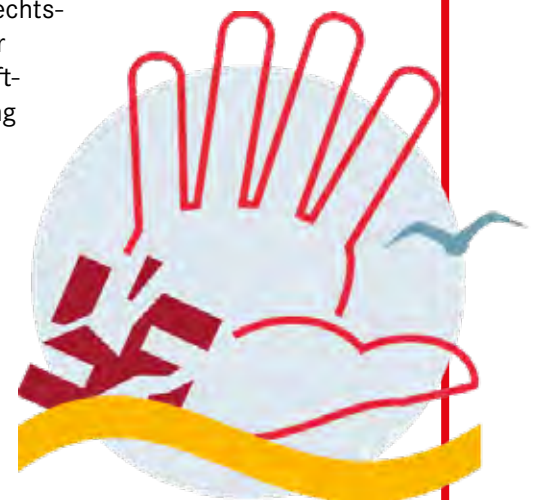
soll ein Güterzug während der Vollsperrung Hamburg-Berlin 2025 zurücklegen



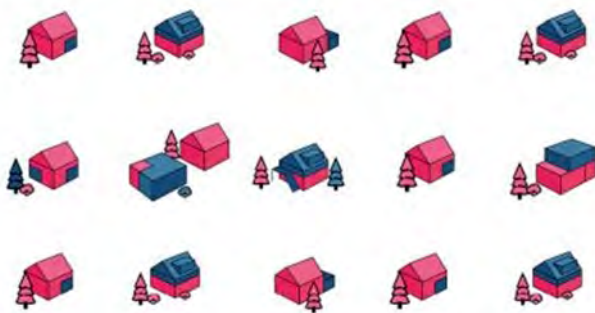
Quelle: https://de.linkedin.com/posts/die-gueterbahnen_streckenspernung-bund-kompensationen-activity-7122677200218140672-iu-f?trk=public_profile_like_view

Wer sich für alternative Informationen und Einschätzungen aus dem mieten- und wohnungspolitischen Zusammenhang interessiert, sollte die vom bundesweiten **Netzwerk Mieten und Wohnen zum Jahreswechsel online gegangene Homepage** aufrufen (www.netzwerk-mieten-wohnen.de/news/). Noch ist sie in der Aufbauphase, aber die Versprechungen klingen schon mal gut: »Das Netzwerk Mieten & Wohnen versteht sich als offene Plattform für die Diskussion und Erarbeitung grundsätzlicher Alternativen in der Mieten- und Wohnungspolitik. Die Debatte soll dabei über die tagespolitischen Fragen hinausgehen. Daher haben sich verschiedene an Wohnungsthemen arbeitende Akteure im Netzwerk in der Breite von etablierten Organisationen bis zu sozialen Bewegungen zusammengeschlossen. Bisher hat das Netzwerk sechs Konferenzen veranstaltet. Die Ergebnisse der Konferenzen sind unter den jeweiligen Menüpunkten nachzulesen. Die **nächste Konferenz findet am 19./20.4.2024 in Hamburg statt**. Innerhalb des Netzwerks existieren darüber hinaus die Arbeitskreise »Mietrecht neu denken« und »Neue Wohnungsgemeinnützigkeit«. Die Kontaktaufnahme zum Netzwerk Mieten und Wohnen e.V. ist per Mail (info@netzwerk-mieten-wohnen.de) und Telefon (0234/9611464) möglich.«

Am **Mittwoch, den 24. Januar**, 19.00 Uhr, lädt das **Hamburger Bündnis gegen Rechts** zum Auftakttreffen der Kampagne »Klare Kante gegen Rechts« ins Curiohaus (Rothenbaumchaussee 15) ein. Den Ausgangspunkt bildet ein bereits vorgelegter, aber an diesem Abend sicher noch veränderter Aufruf, der die bisher schon gelaufenen Einzelproteste und Kundgebungen auf das Niveau einer langfristig angelegten Anti-Rechts-Strategie und einer breiten gesellschaftlichen Mobilisierung heben soll. Ob der Aufruf diesem Ziel schon entspricht, muss die hoffentlich auch breit geführte Debatte ergeben. Mehr zum antifaschistischen Bündnis unter <https://www.hbgr.org/>.



Tags darauf, also am **Donnerstag, den 25. Januar**, 10.00 bis 17.00 Uhr, veranstaltet die **Grüne Liga – Netzwerk Ökologischer Gruppen** in Kooperation mit Architects for Future, dem Forum/Gemeinschaftliches Wohnen e.V. und dem Umweltbundesamt eine **Tagung** unter der Überschrift **Ungenutzter Wohnraum im Einfamilienhaus**. Es geht dabei um »Chancen und Herausforderungen für Wohnraumversorgung, Wohnen im Alter und Klimaschutz«. Es dürfte also um eine kritische Infragestellung der Eigenheimideologie gehen – und um die Problematik, dass die Zahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte in »Einfamilienhäusern« deutschlandweit ansteigt. Die Idee der Veranstalterin: eine Reduktion der eigenen Wohnfläche beispielsweise durch Vermietung ungenutzter Räume oder eben Umzug. Die Tagung findet im Haus der Demokratie und Menschenrechte in Berlin statt (Greifswalderstraße 4) statt, kann aber auch **on-line** verfolgt werden. Den betreffenden Link und weitere Infos gibt es unter www.grueneliga.de/wohnen.



Wer sich in das Thema **Einfamilienhäuser in Hamburg** einlesen möchte, schaut in dem erst vor kurzem erschienenen Band »Wohnen in Hamburg« und blättert bis zu den Seiten 163–181 vor. Dort lassen sich Arthur Haus und Linus Weilbacher kritisch über »diesen Fleck in der Wohnungspolitik« aus: <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-6729-5/wohnen-in-hamburg/>.



Klimaschädlich, für die Verkehrswende viel zu spät fertig und am Ende viel zu teuer: Trotzdem setzen die Betonköpfe im rot-grünen Senat weiterhin auf den Bau einer U-Bahnlinie 5, statt endlich die Notbremse zu ziehen und damit den Vorteilen einer klima- und mobilitätsfreundlichen und außerdem kostengünstigen Wiedereinführung der Straßenbahn in Hamburg Tür und Tor zu öffnen. **Straßenbahn statt U5? Da geht noch was**, sind sich die Bürgerschaftsabgeordnete Heike Sudmann und der Wandsbeker Vorsitzende der Linksfraktion, Thomas Iwan, sicher. Am **Donnerstag, den 25. Januar, 19.00 Uhr** im Kulturschloss Wandsbek (Königsreihe 4) wollen die beiden über den Sachstand, die Alternativen und die Chancen diskutieren, doch noch eine bessere Lösung hinzubekommen. Noch mehr Infos unter www.kulturschloss-wandsbek.de/?p=11654.



Quelle: <https://heikesudmann.net/2024/01/22/25-1-2024-hamburgs-strassenbahn-da-geht-noch-was-veranstaltung-kulturschloss-wandsbek/>

Schluss mit prekär – In 2024 endlich gerechte und faire Arbeitsbedingungen für die Erwachsenenbildung in Hamburg! herstellen. So lautet die Überschrift eines Flyers der GEW, in dem auf eine **Demonstration** am **Montag, den 29. Januar**, orientiert wird. Die gewerkschaftlichen Forderungen lauten:

- Endlich einen Branchentarifvertrag für die Erwachsenenbildung mit festen Stellen für die Lehrkräfte und einer Eingruppierung analog E13 TVöD;
- endlich eine Obergrenze für Unterrichtseinheiten bei fest angestellten Lehrkräften: nicht mehr als 25 Unterrichtseinheiten bei einer Vollzeitstelle;
- endlich eine soziale Absicherung der arbeitnehmerähnlichen Honorarlehrkräfte bei der VHS und bei anderen Trägern: hälftige Beteiligung an den Sozialversicherungsbeiträgen, Ausfallhonorar bei Krankheit;
- endlich Honorare, von denen die Lehrkräfte leben können;
- endlich von der Bürgerschaft eine entsprechende Ausstattung des Hamburger Haushalts und Hamburger Initiativen auf Bundesebene für die Belange der Lehrkräfte,

damit noch in dieser Wahlperiode die Versprechungen der Ampel endlich umgesetzt werden (www.gew-hamburg.de/themen/erwachsenenbildung/2024-01/gew-kuendigt-demonstration-fuer-den-29-januar-an).

Die **Demo beginnt um 15.30 Uhr** vor dem Fraktionsbüro der GRÜNEN in der Burchardstraße und endet vor den Räumen der SPD-Fraktion am Rathausmarkt 1.

Der nächste Denkmalsalon des Denkmalvereins Hamburg e.V. findet am **Donnerstag, den 1. Februar**, um 19.00 Uhr im Emporio-Gebäude (Dammthorwall 15) statt. Der Abend steht unter dem Motto **Erwartungen, Möglichkeiten und Grenzen des Denkmalschutzes**. Diskutieren werden dieses Thema Ben Buschfeld (Kulturbenetz Berlin), Dr. Astrid Hansen (Denkmalschutzamt Hamburg) und Prof. Dr. Frank Schmitz (Universität Hamburg). Es wird um Anmeldung gebeten: kontakt@denkmalsalon-hamburg.de.

Um die **Neue PISA-Studie** geht es auf einer Veranstaltung am Donnerstag, den 15. Februar, um 19.00 Uhr im Säulenkeller des Hauses der Patriotischen Gesellschaft (Trostbrücke 4). **Werden unsere Schüler schlechter und wenn ja, woran liegt das?** Diese Frage wird im gemeinsamen Gespräch erörtert. Es wird wegen der begrenzten Plätze um Anmeldung gebeten: info@patriotische-gesellschaft.de.



Entfernung eines Hakenkreuzes, das Unbekannte auf das Internationale Mahnmal der KZ-Gedenkstätte Neuengamme gesprüht hatten, 11. Mai 1986

Noch bis zum 18. Februar ist in der Rathaus-Diele die höchst aktuelle **Ausstellung Rechte Gewalt in Hamburg von 1945 bis heute** zu sehen. Die Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen zeichnet verantwortlich und hat umfangreiches Text- und Fotomaterial zusammengetragen. Mehrmals finden kostenfreie Führungen durch die Ausstellung statt, das nächste Mal am **Diens-tag, den 6. Februar**, von 11.00 bis 12.30 Uhr sowie von 17.00 bis 18.30 Uhr. Das umfangreiche Begleitpro-

gramm findet sich im Netz unter www.gedenkstaetten-hamburg.de/de/aktuelles/news/ausstellung-rechte-gewalt-in-hamburg-von-1945-bis-heute. Zugänglich ist die Ausstellung montags bis freitags von 7.00 bis 19.00 Uhr, samstags von 10.00 bis 18.00 Uhr und sonntags von 10.00 bis 17.00 Uhr. In der Kernzeit ist auch ein Ausstellungskatalog vor Ort zu erwerben.

Dazu passt dieser Hinweis. Parallel zur Ausstellung ist Mitte Januar eine **neue Homepage** freigeschaltet worden, ihr Titel **Rechte Gewalt in Hamburg seit 1945**. »Diese im Forschungsprojekt »Hamburg rechts-außen. Rechtsextreme Gewalt- und Aktionsformen in, mit und gegen städtische Gesellschaft 1945 bis Anfang der 2000er-Jahre« (kurz: HAMREA) entwickelte Website informiert über Ereignisse, Akteur*innen und Netzwerke rechter Gewalt in Hamburg zwischen 1945 und 2023. Anhand vieler Beispiele gibt sie einen Überblick über die Entwicklung und lange Geschichte rechter Gewalt in der Stadt. Die tatsächliche Zahl rechter Gewalttaten liegt um ein Vielfaches höher« (<https://rechtegewalt-hamburg.de/>).

Und auch dies sei noch angefügt. Eine **Kleine Anfrage der Linksfraktion** (Drs. 22/13932) hat jüngst ergeben, dass es im vierten Quartal 2023 im Vergleich zu den Vorquartalen einen **erheblichen Anstieg der »Hasskriminalität«** gegeben hat. Die Zahl der entsprechenden Straftaten hat sich auf 137 summiert, fast so viel wie in den drei Quartalen zusammen. Vor allem die antisemitischen Straftaten haben zugenommen, auf 52 in IV-2023. Weit überwiegend werden die Taten der Hasskriminalität dem rechten Spektrum zugeordnet, nämlich 85 Fälle, auf das linke Konto gehen über das ganze Jahr lediglich 3.

„Welche Linke braucht's nun?“

Gelähmt vom internen Streit ging es mit der Linkspartei zuletzt ziemlich bergab. Nun ist die Spaltung vollzogen. Wofür will Die Linke künftig stehen? Und hat die Wagenknecht-Partei bessere Chancen, breite Massen anzusprechen? Über diese Fragen diskutieren im **taz Salon Hamburg** am **6. Februar ab 19.30 Uhr** Michael Koß (Politikwissenschaftler an der Leuphana Universität Lüneburg), Carola Rackete (Spitzenkandidatin der Linken zur EU-Wahl), Sabine Ritter (Landessprecherin Die Linke Hamburg), Daniela Trochowski (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Rosa-Luxemburg-Stiftung) unter der Moderation von André Zuschlag (taz nord-Redakteur) im Haus 73 (Saal), **Schulterblatt 73**, 20357 Hamburg. Mehr Infos [hier](#).

Hamburg steht zusammen für Vielfalt und Demokratie!

Am 28.01. um 14 Uhr gehen wir mit einem breiten Bündnis zusammen gegen Rechts auf die Straße!

»Seit Jahren verschiebt die AfD die Debatten nach rechts, spaltet unsere Gesellschaft und bedroht unser Zusammenleben. Das vom CORRECTIV aufgedeckte Treffen in Potsdam zeigt einmal mehr, wie menschenverachtend die rechten Fantasien der AfD und ihrer Anhänger sind. Wir werden nicht aufhören laut zu sein und für unsere Demokratie gegen die AfD einzustehen! Denn nur gemeinsam können wir die widerwärtigen Pläne der Neonazis vereiteln.«

#hbgr #nonazishh #noafd #antifa #fridaysforfuturehamburg



**Wir sagen
zusammen
HALT**

Für Demokratie - Gegen Rechts!

28.01. | 14 Uhr | Jungfernstieg

Immer Ärger mit den Heizkosten – Vonovia schlägt wieder zu!

Von Paul-Hendrik Mann, Mieterverein zu Hamburg von 1890 e. V.

Zum Jahresende 2023 standen diverse Mieter*innen horrenden Betriebs- und insbesondere Heizkostennachzahlungen des Vonovia-Konzerns gegenüber. In vielen Fällen handelt es sich um hohe dreistellige oder sogar vierstellige Forderungen. In Einzelfällen belaufen sich die geforderten Nachzahlungen auch auf mehrere Tausend Euro.

In der Beratungspraxis des Mieterverein zu Hamburg konnten wir ebenfalls feststellen, dass sich vermehrt Mieter:innen aus Vonovia-Haushalten an uns wenden und Hilfe suchen. Sicherlich sind die Energiekosten im Jahr 2022 insgesamt aufgrund der anhaltenden Energiekrise zum Teil stark gestiegen. Unabhängig hiervon sind jedoch in einer Vielzahl von Fällen die von der Vonovia abgerechneten Heizkosten nicht nachvollziehbar – dies insbesondere regelmäßig dann, wenn es sich um Fälle der Wärmelieferung handelt.

Die großen Fernwärmelieferanten haben in 2022 die Preise oftmals stark erhöht. Grundlage dieser Erhöhungen sind in der Regel sogenannte Preisgleitklauseln in den Wärmelieferungsverträgen. Diese sind in der Regel an die Entwicklung der börsengehandelten Gaspreise gekoppelt – völlig unabhängig davon, welcher Energieträger tatsächlich genutzt wird, um die Wärme zu erzeugen. Derartige Klauseln können nur unter rechtlich engen Voraussetzungen wirksam vereinbart werden. Auf dieser Grundlage begründete Preisanpassungen sind in jedem Fall kritisch zu prüfen und bei rechtlichen Zweifeln zurückzuweisen.

Dies kann aber nur die Vonovia selber machen, da sie Vertragspartnerin des Wärmelieferanten ist. Für die Mieter*innen bedeutet dies also, dass in jedem Fall den Heizkostenabrechnungen widersprochen werden muss. Im Rahmen des Widerspruchs sind vollständige und prüffähige Belegunterlagen der abgerechneten Kosten einzufordern. Bis zur Einsichtnahme in die vollständigen Belege können Mieter*innen verlangte Nachzahlungen zurückbehalten. In den uns bekannten Fällen ist es der Vonovia bisher nicht gelungen, vollständige und prüffähige Belegunterlagen vorzulegen. Es besteht somit ein dauerhaftes Zurückbehaltungsrecht der Mieter*innen.

Sollten insbesondere die Wärmelieferungsverträge vorgelegt werden, wird der Mieterverein zu Hamburg diese kritisch sichten und etwaige Preisklauseln gemeinsam mit der Verbraucherzentrale Hamburg auf deren Zulässigkeit und Wirksamkeit hin prüfen.

Soweit die Vonovia rechtlich die Möglichkeit gehabt haben sollte gegen die Preisänderungen vorzugehen und so die abzurechnenden Gesamtkosten zu senken, wäre dies im Falle ihrer Untätigkeit nach unserer Auffassung ein Verstoß gegen das Wirtschaftlichkeitsgebot. Dieses stellt klar, dass ein Vermieter lediglich die im Rahmen einer angemessenen Bewirtschaftung anfallenden Heiz- und Betriebskosten auf die Mieter*innen umlegen darf. Wird der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit

nicht gewahrt, können unwirtschaftlich hohe Kosten vermietenseits nicht geltend gemacht werden.

Problematisch sind auch jene Fallgestaltungen, in denen die Wärme im Wege der gewerblichen Wärmelieferung, des sogenannten Wärmecontractings, zur Verfügung gestellt wird. Hierbei handelt es sich um dezentrale Wärmekraftwerke, die einzelne Liegenschaften exklusiv mit Wärme beliefern. Der Contractor betreibt und unterhält die Wärmeinfrastruktur und rechnet gegenüber der Vonovia anfallende Kosten ab. Die vertraglichen Grundlagen bilden auch hier Wärmelieferungsverträge, die mit oftmals unzulässigen oder unwirksamen Preisklauseln ausgestattet sind. Hier kam es bundesweit zu Nachzahlungsbeträgen von hohen vierstelligen Beträgen. In Einzelfällen ruderte die Vonovia zurück und nahm Korrekturen der Abrechnungen vor.

In Hamburg sind Fälle des Wärmecontractings insbesondere bei Liegenschaften, die von der Buwog verwaltet werden, bekannt. Die Buwog gehört dem Vonovia-Konzern an und ist u.a. als Projektentwickler und Bauträger aktiv. Die Vereinbarungen, Laufzeiten und Preisgestaltungen sind in vielen Fällen derart mieter*innenfeindlich, dass gerade in diesen Fallkonstellationen immense Heizkosten-Nachforderungen entstehen. Die Preisvereinbarungen werden zwischen Contractor und Bauträger*in/Vermieter*in unkündbar und für lange Laufzeiten abgeschlossen. Bei Abschluss dieser Verträge sitzen die Mieter*innen nicht mit am Tisch, so dass faktisch ein Vertrag zu Lasten Dritter, nämlich der Mieter*innen, geschlossen wird.

In der Vergangenheit konnten wir bereits erfolgreich Einwendungen gegen überzogene Heizkostennachzahlungen erheben. Deshalb ist es wichtig, dass betroffene Mieter*innen aktiv werden und den Abrechnungen widersprechen. Einwendungen müssen spätestens zwölf Monate nach Erhalt der Abrechnungen erhoben worden sein. Geschieht dies nicht, wären auch unberechtigte Nachzahlungen zu begleichen. Deswegen raten wir allen Mieter*innen, Abrechnungen rechtzeitig prüfen zu lassen und Einwendungen zu erheben.

Wir fordern von der Vonovia transparente und nachvollziehbare Betriebs- und Heizkostenabrechnungen. Insbesondere sind vollständige und prüffähige Belege vorzulegen. Darüber hinaus sollte es für ein Wohnungsunternehmen wie der Vonovia selbstverständlich sein, nicht nur von sozialer Verantwortung zu sprechen, sondern dieser tatsächlich auch gerecht zu werden. Unabhängig von rechtlichen Ansprüchen fordern wir in jedem Fall die teils existenziellen Nachzahlungsspitzen sozialverträglich zu kappen.





»Schutz & Shelter«, unter diesem Motto präsentiert das Thalia-Theater derzeit eine wunderbare Kunstaktion auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz. Das englische Wort shelter meint so viel wie Unterschlupf oder Zuflucht. Und tatsächlich geht es bei der Aktion – bestehend aus Plakatwänden und selbst-gestalteten Kacheln – um die Frage, was junge Menschen »für wertvoll und schützenswert« halten. Das Konzept dafür haben Herbert Enge, Anne Katrin Klinge und Nora Hertlein entwickelt, realisiert wurde das Projekt von »Flora Kruppa«. Rund 1.100 Schüler*innen aus Hamburg und Umgebung haben sich in den vergangenen Wochen damit beschäftigt – die Ergebnisse können nun noch bis zum 4. Februar im Rahmen der Lessingtage bewundert werden. Hier die Ankündigung des Thalia-Theaters:



»In Zeiten rasanter Veränderungen für Mensch und Natur geht es darum, innezuhalten und sich klar zu werden, was für das eigene Leben, die Gesellschaft und die Natur in ihrer Artenvielfalt wertvoll ist, was unbedingt be- und geschützt werden muss. Über 1.000 Schülerinnen und Schüler aus Hamburg und der Metropolregion zeigen, wen oder was sie in ihrem direkten Lebensumfeld, aber auch national oder global für wertvoll und schützenswert halten. Für was es sich lohnt und wofür sie sich persönlich engagieren. Kinder und Jugendliche entwerfen ihr Logo, ihre Message für eine Schutz-Initiative oder eine Aktionsgruppe, mit der sie sich und ihr Handeln präsentieren. Die künstlerisch-gestalterischen Umsetzungen treffen persönliche Aussagen darüber, für wen oder was sie sich aktiv einsetzen. Am Thalia-Theater werden diese Entwürfe und Forderungen zu Natur- und Klimaschutz großformatig auf Fassadenbannern präsentiert. Begleitend dazu werden »LogoKacheln« auf großen Tischen auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz am Thalia Theater zusammengefügt, an denen Schulgruppen sich in LivePerformances während der Festivaltage präsentieren.« ♦



Fliesen & Plakate auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz (Fotos: Michael Joho)

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg